

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHT

*
*

* * * * *

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1)

Die deutsch-chinesischen Beziehungen: Besuche von Bundespräsident Carstens und Egon Bahr; Wirt- schafts- und Kultur- beziehungen

Vom 11. bis 17. Oktober besuchte Bundespräsident Karl Carstens auf Einladung des Ständigen Komitees des NVK und der chinesischen Regierung die Volksrepublik. Seine wichtigsten Gesprächspartner entstammten durchwegs der ersten Garnitur: Ye Jianying, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, Peng Zhen, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des NVK, Ministerpräsident Zhao Ziyang, ZK-Generalsekretär Hu Yaobang und Deng Xiaoping.

Die wichtigsten Gesprächspunkte:

- bilaterale Beziehungen: Beide Länder besäßen zwar unterschiedliche Gesellschaftsordnungen, hätten es aber doch am Ende noch mit einer gemeinsamen Hauptaufgabe zu tun, nämlich der Sicherung des eigenen Landes und der Erhaltung des Weltfriedens. Zwischen beiden Ländern gebe es keine belastenden Interessenkonflikte und auch keine von der Gesellschaft hinterlassenen Probleme. Beide Länder könnten in weitesten Bereichen, von der Politik über Wirtschaft und Handel bis hin zu Wissenschaft, Technik und Kultur zusammenarbeiten.

- Zur Friedensfrage: Zhao Ziyang und Deng Xiaoping betonten besonders den "Kampf gegen Hegemonismus und für die Erhaltung des Weltfriedens". Ein einzelnes Land sei heute nicht in der Lage, dem Hegemonismus zu begegnen.

Diesen etwas peinlichen Verkopplungen von Antihegemonismus und Weltfrieden wich Carstens dadurch

aus, daß er die Hegemonismus-Formulierung ignorierte.

- Auch die Wiedervereinigungsfrage wurde aufgegriffen, u.a. von Peng Zhen und Deng Xiaoping. Deng bekräftigte erneut, daß China den "Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Wiedervereinigung unterstützt". Alle "Staaten und Nationen, die z.Zt. geteilt sind, werden eines Tages wieder eins werden, denn diese Teilung ist künstlich, durch den Zwang der Umstände entstanden". Auch Hu Yaobang hatte vor deutschen Journalisten bekräftigt, daß das "chinesische Volk seit jeher den gerechten Wunsch des deutschen Volkes nach der nationalen Wiedervereinigung und Einheit unterstützt" (BRu 1982, Nr. 42, S. 6).

- Auch über Dritte-Welt-Fragen wurde gesprochen. Man schenke diesen Ländern in der Bundesrepublik ganz besondere Beachtung.

Die Chinesen waren entzückt über ein Geschenk, das ihrem Bedürfnis nach symbolischen Gesten entgegenkam: Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der deutsch-chinesischen Beziehungen pflanzte der Bundespräsident im Himmelstempel in Beijing zehn Eichen.

Vor Lehrern und Studenten der Universität Beijing hielt Carstens ferner einen Vortrag unter dem Titel "Europa".

In Shanghai schließlich eröffnete er das erste deutsche Generalkonsulat in China (damit ist die Bundesrepublik also nun durch die Botschaft und durch das Konsulat Shanghai vertreten) und besuchte außerdem die Tongji-Universität, an der Deutsch neben Chinesisch gleichberechtigte Unterrichtssprache ist. Den Abschluß des Besuchs bildeten Visiten in zwei bekannten Touristenorten, Xi'an und Guilin.

Am 13. Oktober unterzeichnete der Bundespräsident ein Abkommen über technische Zusammenarbeit, demzufolge die Bundesrepublik Experten nach China entsenden, chinesisches technisches und Managerpersonal ausbilden und außerdem Ausrüstungen für die gemeinsame technische Zusammenarbeit stellen wird (XNA, 14.10.82).

Chen Muhua, die Kommissionsvorsitzende für Außenwirtschaftsangelegenheiten, unterhielt sich mit Vertretern der deutschen Delegation über die Ausweitung der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern

(XNA, 13.10.82). Anläßlich des 10. Jahrestages der Errichtung diplomatischer Beziehungen hielt auch Wang Bingnan, Präsident der Chinesischen Volksvereinigung für Freundschaft mit dem Ausland, eine Rede (XNA, 14.10.82).

Anlaß für den Besuch des Bundespräsidenten war, wie gesagt, der 10. Jahrestag des Bestehens diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China. Die Visite konnte eigentlich nur zeremoniellen Charakter haben. Die Rückschau spielte eine wichtigere Rolle als der Blick in die Zukunft. Auf die Frage von Radio Beijing, welche weitere Entwicklung zu erwarten ist, gab Carstens die recht allgemeine Antwort, "daß sich für die Zukunft große Perspektiven ergeben", und wies darauf hin, daß China ein rohstoffreiches Land, die Bundesrepublik dagegen ein technologisch hochentwickelter Staat sei, daß sie sich beide also vielfach ergänzen könnten. Wesentlich "ergiebig" war da schon der Blick auf die Vergangenheit: Der Hinweis auf das Ansteigen des wirtschaftlichen Austausches, der kulturellen Zusammenarbeit, vor allem aber die eindrucksvolle Zahl von 1.500 chinesischen Studenten, die sich z.Zt. in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. In den letzten zehn Jahren habe sich der gegenseitige Handel mehr als vervierfacht und lege heute bei über 4 Mrd. DM.

Eins der wichtigsten Ziele seines China-Besuches sei es gewesen - so Carstens -, die Ansichten der chinesischen Führung über bilaterale und multilaterale Fragen durch einen direkten Dialog kennenzulernen. Immerhin handle es sich hier um die Führung eines Landes mit der größten Bevölkerung der Welt.

Unabhängig von dem Besuch des Bundespräsidenten läßt sich die Bedeutung der beiden Länder füreinander im wechselseitigen Verhältnis folgendermaßen wiedergeben.

Die Bundesrepublik ist aus der Sicht Chinas erstens einer von mehreren Wunschpartnern in der antihegemonistischen Front (wobei China eine noch stärkere Bundeswehr, eine noch einigere NATO, eine Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses, die Stationierung von Neutronenbomben in Deutschland und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Pazifismus erhofft); sie ist zweitens als Handelspartner und Technologielieferant interessant und ist drittens (nach den USA) dasjenige Land,

das die meisten chinesischen Studenten aufgenommen hat und auch im übrigen Ausbildungsarbeit leistet.

Für die Bundesrepublik umkehrt ist die VR China erstens ein Gegengewicht zur Sowjetunion, ein Fürsprecher der Wiedervereinigung sowie ein "Lieferant" interessanter politischer Perspektiven, zweitens ein wirtschaftlich idealer Partner, dessen Wirtschaftsstruktur auch langfristig eine komplementäre Zusammenarbeit erwarten läßt.

Bei der Beurteilung der internationalen Lage ergeben sich eine Reihe von ähnlichen Ansichten. Identisch ist beispielsweise die generelle Beurteilung der wachsenden Kriegsgefahr aufgrund des Wettrüstens der Großmächte, des weiteren die Forderung, daß die Länder der Zweiten Welt an dem Prozeß der Multipolarisierung und Regionalisierung mitwirken sollen und daß ferner zu den Ländern der Dritten Welt ein Kooperationsverhältnis errichtet werden muß.

Es gibt aber auch einige Divergenzen bei der Beurteilung der internationalen Lage: Beide Seiten sind sich nicht völlig einig, wie die Neue Weltwirtschaftsordnung aussehen soll; ferner wünscht China nicht so sehr "Entspannung" und "Ostpolitik" als vielmehr Teilnahme an der vereinten antihegemonistischen Front.

Zu einer ähnlichen Einschätzung der Gemeinsamkeiten und Divergenzen ist auch Egon Bahr bei seinem 12tägigen China-Besuch Anfang September 1982 gekommen. Bahr wurde u.a. von Parteichef Hu Yaobang empfangen (XNA, 4.9.82). Bahr war in seiner Eigenschaft als Mitglied des Präsidiums der SPD und als Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle nach China eingeladen worden. Jahrelang war der Architekt der deutsche Ostpolitik den Chinesen ein Dorn im Auge gewesen. Auch hier beginnt also nun das Eis langsam zu schmelzen. U.a. wurde vereinbart, daß Willy Brandt Anfang 1983 China besuchen soll. Vielleicht kommt es dabei - ähnlich wie bei der Partei Mitterrands - zur Aufnahme direkter Partebeziehungen zwischen KPCh und SPD.

Trotz solcher Annäherungen an die SPD kann aber kein Zweifel daran sein, daß die Beijinger Führung eher Sympathie für die CDU empfindet und daß ihr die mißtrauische Ostpolitik der neuen Bundesregierung ungleich sympathischer ist als die immer wieder

als "kapitulationistisch" verdächtigte frühere SPD-Entspannungspolitik. Die Reden des neuen Bundeskanzlers, Kohl, finden denn auch bei der chinesischen Presse viel Beachtung. Sein Fernsehinterview beim Regierungswechsel wurde von Xinhua (XNA, 4.10.82) in allen Einzelheiten wiedergegeben. Xinhua (XNA, 14.10.82) hob vor allem die Sowjet-Passagen aus der Regierungserklärung Kohls vom 13. Oktober hervor, wo von der "sowjetischen Invasion in Afghanistan, der Entwicklung in Polen und der Überrüstung der sowjetischen Streitkräfte" die Rede ist. Dies sind Formulierungen, die in China noch allemal Beifall finden!

Der wichtigste chinesische Deutschland-Besucher i.J. 1982 war Außenminister Huang Hua, der Mitte Juni zu einer dreitägigen offiziellen Visite in Bonn eingetroffen war. Im Mittelpunkt der Beratungen hatten damals aktuelle internationale Probleme sowie insbesondere das Verhältnis Chinas zur Sowjetunion und den USA sowie die Afghanistan-Frage gestanden. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und jetzige Staatsminister, Alois Mertes, forderte damals, den Beziehungen zur Volksrepublik China künftig noch größere Bedeutung einzuräumen. Im Gegensatz zur Sowjetunion strebe China keine weltweite Expansion an. Die Friedenspolitik und die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik wiesen mit denen der Volksrepublik China "herausragende Parallelen" auf, wenn auch ideologische Unterschiede nicht verkannt würden (SZ, 18.6.82; XNA, 16.6.82). Auch Außenminister Genscher hielt damals eine Rede, in der die Parallelen in außenpolitischen Ansichten konkret herausgestrichen wurden. Er sprach von der "sowjetischen Hochrüstung" und der "Krise in Polen" sowie von der Notwendigkeit, an den Verhandlungstischen in Genf, Wien und Madrid alles zu tun, um Entspannung und Abrüstung zu erreichen. Als ein wichtiges Element der Stabilität betrachtet die Bundesrepublik die Zusammenarbeit mit den blockfreien Staaten der Dritten Welt. Die Schaffung einer Zone der Stabilität und Prosperität durch die ASEAN-Staaten sei ein Beispiel für weltpolitisch wichtige Entwicklungen in Asien. Die Bundesrepublik sei gewillt, an der Seite Chinas die "regionale Zusammenarbeit auch in anderen Teilen Asiens und darüber hinaus in der gesamten Dritten Welt zu intensivieren". Sie trete ferner für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung durch Entwicklungshilfe und durch globale Ver-

handlungen ein. China habe mit seinen Vorschlägen in Cancun eindrucksvolle Beiträge zur Diskussion geliefert (Bulletin der Bundesregierung vom 21.6.82, Nr.62, S.542).

Noch zwei Monate früher, nämlich im Mai, hatte in Bonn der Deutsch-Chinesische Gemischte Ausschuß zum zweiten Mal getagt und dabei über Projekte im Rohstoffbereich gesprochen. Die Deutsch-chinesische Wirtschaftskommission ist ein beratender Ausschuß, der aufgrund des Regierungsabkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 24. Oktober 1979 gegründet wurde und der die Aufgabe hat, die gegenseitigen Vorstellungen über künftige wirtschaftliche Zusammenarbeit abzuklären. An der Spitze der chinesischen Delegation stand Chen Muhua, die u.a. dem Politbüro angehört. Frau Chen besuchte während ihres elf Tage dauernden Deutschlandaufenthalts Industriebetriebe im Ruhrgebiet, im baden-württembergischen Raum und in Bayern (16.-26.Mai).

Bei den Gesprächen wurde konkret ein Kohleprojekt 400 km nordwestlich von Beijing und ein Molybdän-Bergwerk sowie die Modernisierung einer Ölschieferanlage in der Provinz Liaoning angesprochen. Eine Delegation des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft sollte später in Beijing Probleme im praktischen Warenverkehr erörtern, u.a. die Abstimmung von Standardverträgen und eine schnellere Lösung von Reklamationen. Auch bessere Arbeitsbedingungen für Firmenvertretungen in China sollten auf die Wunschliste gesetzt werden.

Ein Stein des Anstoßes ist das deutsche (europäische) Geschäft um die Lieferung von Naturgas aus der Sowjetunion und die Verlegung westlicher Röhren, an dem die Regierungen in Rom, London, Paris, Tokyo und Ottawa, nicht zuletzt aber auch in Bonn unbedingt festhalten wollen (XNA, 29.7.82). Die Europäer planten, wie Xinhua betont, den Bau einer Gasleitung in einer Länge von 5.000 km von Sibirien nach Westeuropa. Es sei doch klar, daß bei diesem Geschäft die Sowjetunion der größte Nutznießer ist. Wirtschaftlich werde sie jährlich über 7 Mrd. US\$ an Devisen kassieren, den Export in den Westen forcieren, mit den eingeführten modernen Technologien und Anlagen die eigenen technischen Engpässe überwinden und auch ihr militärisches Potential verstärken. Politisch könne sie durch das Geschäft instandgesetzt werden, die amerikanischen Sanktionen zu um-

gehen, einen Keil zwischen die USA und Westeuropa zu treiben, die westliche Allianz zu unterminieren und eine neue "Energie-waffe" zur Erpressung des Westens zu besitzen. Kein Wunder, daß u.a. die USA über dieses Verhalten der Europäer verstimmt seien (BRU 1982, Nr.8, S.9; RMRB, 5.3.82).

Kulturelle Beziehungen:

Die kulturellen Beziehungen haben inzwischen eine Dichte erreicht, daß im vorliegenden Zusammenhang nur noch exemplarische Begegnungen hervorgehoben werden können. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr der 150. Todestag Johann Wolfgang von Goethes, der sowohl von der bundesrepublikanischen als auch der DDR-Vertretung gefeiert wurde. Zu beiden Anlässen erschien - ein Ausdruck der Parität - der bereits erwähnte Wang Bingnan, der mit dieser persönlichen Teilnahme auch an sein früheres Studium in Deutschland erinnerte.

Im Mai 1982 kam das Mannheimer Nationaltheater mit einer Aufführung des Stücks "Der Bockerer" von Peter Preses und Ulrich Bacher nach China. Der Besuch des Mannheimer Ensembles war die offizielle deutsche Erwiderung auf die einige Monate vorher erfolgte Tournee des Beijinger Volkskunsttheaters, das Lao Shes Drama "Das Teehaus" aufgeführt hatte (XNA, 6.5.82).

Im Oktober feierte die "Chinesische Gesellschaft zur Erforschung der deutschen Geschichte" ihr zweijähriges Jubiläum. Dabei gab sie eine Sammlung von "Dissertationen über deutsche Geschichte" heraus, richtete eine Bibliothek ein und organisierte wissenschaftliche Vorträge in Beijing und Jinan. Die Mitglieder hatten über siebzig Abhandlungen verfaßt und eine Reihe von Werken über deutsche Geschichte übersetzt. U.a. war die "progressive Rolle Preußens bei der Vereinigung Deutschlands gewürdigt" worden. Ein wichtiges Diskussionsthema war auch immer wieder die Entwicklung des Antisemitismus (CiA, Oktober 1982, S.25).

Im April 1982 wurde in Hangzhou der Chinesische Germanistenverband gegründet, und zwar als Unterorganisation des Chinesischen Verbandes für Fremdsprachenunterricht und -forschung. Hauptaufgaben des Verbandes sind der Zusammenschluß aller Lehrer und Wissenschaftler, die im Fach Deutsch an Hochschulen tätig sind, die qualitative Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus von Lehrern, Forschung sowie

der akademische Austausch im Land und mit dem Ausland. An der Gründungsversammlung nahmen 31 Vertreter von 21 Hochschulen teil.

Im März fand eine Gedenkfeier für Robert Koch anlässlich des 100. Jahrestags der Entdeckung des Tuberkelbazillus durch den deutschen Forscher statt.

Zur Volksdiplomatie gehören auch kleinere Sportbegegnungen, u.a. eine Tournee des 1. FC Norderstedt, dem Xinhua (XNA, 31.7.82) eine halbe Seite widmete. Man sieht: "Freundschaft" rangiert auch hier vor sportlicher Großleistung.

Anfang Oktober schloß Duisburg mit der zentralchinesischen Stadt Wuhan ein Partnerschaftsverhältnis ab. Dies ist die erste deutsch-chinesische Städtepartnerschaft. Zu einer Zeit, da die japanisch-chinesischen und amerikanisch-chinesischen Partnerschaften dieser Art bereits in die Dutzende gehen, nimmt sich die deutsche Bilanz hier noch etwas mager aus. Eine Duisburger Delegation aus Vertretern von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft brachte von ihrer zehntägigen Reise die Erkenntnis mit, daß die chinesische Industrie im Rahmen der Partnerschaft daran interessiert sei, deutsche Kaufleute und Ingenieure, die bereits in Pension stehen, als Berater zu gewinnen. Einzelne Betriebe seien bereit, Kosten für Flug, Hotelunterbringung und ein Taschengeld zu übernehmen, da man sich teure Beraterfirmen nicht leisten könne. Die Stadt Duisburg und die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer könnten Interessenten vermitteln. Daß ausgerechnet Wuhan als Partnerstadt gewählt wurde, ist kein Zufall; sind doch Duisburger Unternehmen wie Mannesmann-Demag und Thyssen seit Jahren in der zentralchinesischen Industriestadt engagiert! Im Gegensatz zu den bisher so mager gesäten Städtepartnerschaften gibt es bereits eine Reihe von Länderpartnerschaften, u.a. die Baden-Württembergs mit der Provinz Liaoning.

-we-

WESTEUROPA

(2)

Protestantische Kirchen-delegation in Westeuropa

Zum erstenmal hatte im Oktober 1982 eine Delegation des "Chinesischen Christlichen Rates" Gelegenheit zum Besuch von Kirchen

in England, der Bundesrepublik Deutschland, Schweden und Finnland. Der "Chinesische Christliche Rat" ist ein Zusammenschluß der protestantischen Kirchen in China. An seiner Spitze steht als Präsident Bischof Ting, der Leiter des Vereinigten Theologischen Seminars in Nanjing, der auch die siebenköpfige Delegation anführte. Der Besuch in der Bundesrepublik erfolgte auf Einladung des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Direktors des Evangelischen Missionswerkes. Die protestantische Kirche in China verwaltet und unterhält sich selbst. Ihr Finanzbedarf wird zum Teil aus Spenden, zum Teil aus Mieten kirchlicher Gebäude, die der Staat nutzt, gedeckt. Die Zahl der Protestanten in China wird auf über eine Million geschätzt. (FAZ, 16.10.82)

Nach 1949 war die christliche Kirche in der VR China bemüht, sich vom Odium ausländischer Bevormundung zu lösen. Die Mehrzahl der chinesischen Protestanten unterstützte die 1951 in Gang gesetzte Kampagne der dreifachen Selbständigkeit, die sog. "Drei-Selbst-Bewegung" (Selbstverwaltung, Selbsterhaltung, Selbstgestaltung). Auch die Katholiken begannen in den fünfziger Jahren eine Selbständigkeitsbewegung, in deren Verlauf sie sich von Rom lossagten. Die Tatsache, daß für die chinesischen Protestanten ausländische bzw. ökumenische Kontakte möglich sind, ist ein weiteres Anzeichen für die in den vergangenen Jahren schrittweise erfolgte Rehabilitierung der Kirche in China.

-st-

(3)

Das Verhältnis zu Frankreich.

Wiederaufnahme der Parteibeziehungen zwischen KPCh und KPF; Staat-Staat-Beziehungen

Vom 14. bis 26. Oktober besuchte der Generalsekretär der KP Frankreichs, George Marchais, die VR China, wurde dort von der Parteispitzenführung mit allen Ehren empfangen und reiste anschließend durch das Land, und zwar nach Xi'an, zum Stauwerk Gezhouba, nach Shanghai und Suzhou.

Unter den Eurokommunisten war Marchais erst lange nach seinen beiden "Kollegen" aus Italien und Spanien, Berlinguer und Carillo, eingeladen worden. Im Gegensatz zu diesen hat sich Marchais nie dazu entschließen können, sich von der Sowjetunion, vor allem

aber von deren Afghanistan-Unternehmen, zu distanzieren. Nach mehreren Gesprächen zwischen den beiden Parteiführern Hu Yaobang und Marchais kamen beide am 17. Oktober darin überein, die "seit 1965 unterbrochenen Beziehungen zwischen den beiden Parteien auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten offiziell wiederherzustellen" (XNA, 18.10.82).

Vorausgegangen seien dieser Einigung drei offene Aussprachen, bei der jede der beiden Seiten die eigenen theoretischen Grundlagen für die sozialistische Revolution, den sozialistischen Aufbau und ihre Richtlinien sowie ihre Politik für nationale und internationale Fragen dargelegt hatten. Es gebe viele gemeinsame Ansichten und "selbstverständlich auch Divergenzen", die jedoch die solidarische, freundschaftliche Zusammenarbeit nicht negativ beeinflussen sollten. Beide Parteien hätten beschlossen, einen konkreten Plan für die weitere Zusammenarbeit zu entwerfen. U.a. wurde Hu Yaobang zu einem Gegenbesuch nach Frankreich eingeladen (XNA, 18.10.82).

Da die KPF-Delegation von einer Reihe von Journalisten begleitet war, galt es im Interesse der Öffentlichkeit die Hintergründe etwas deutlicher auszuleuchten. Während Hu Yaobang sich bei der Pressekonferenz höchst "flüchtig" und allgemein äußerte (man solle doch die Vergangenheit ruhen lassen und nach vorne schauen und außerdem die Großmut besitzen, über unbedeutende Details hinwegzugehen) (XNA, 18.10.82), hatte Marchais den drängenden Fragen der Journalisten Rede und Antwort zu stehen. Die Konvergenzen seien folgende: Beide Parteien engagierten sich im Kampf für Friede und Abrüstung. Sie plädierten für die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten und ihre Sicherheit. Sie setzten sich beide für den sozialen Fortschritt, Demokratie, sozialistische Demokratie, sozialistische Legalität und für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ein. Drittens habe man über die gegenseitigen Parteibeziehungen Einigkeit erzielen können: Nichteinmischung, Respekt für die Position des anderen, Anerkennung der eventuell bestehenden Differenzen und ein möglichst großes Maß an Zusammenarbeit. Außerdem soll in Zukunft ein Korrespondent der Parteizeitung "L'Humanité" in Beijing akkreditiert werden.

Als wichtigste Divergenzen erwähnte Marchais die Afghanistan- und die Kambodscha-Frage. Er hätte noch das enge Verhältnis der KPF zur KPdSU hinzufügen müssen (SWB, 27.10.82). Im übrigen habe er sich nie gescheut, offen seine Ansichten, z.B. seine Bewunderung für den früheren sowjetischen Parteiführer Nikita Chruschtschow, auszusprechen, der in China so gar keine Sympathie genießt. Einig waren sich beide Seiten aber andererseits - im Hinblick auf die KPdSU - darin, daß es kein "Modell" für den Sozialismus gebe, daß jede KP nach den konkreten Bedingungen ihres eigenen Landes zu handeln habe und daß weiterhin jede Partei unabhängig und nur der Arbeiterklasse des eigenen Landes verantwortlich sei (XNA, 25.10.82).

Im übrigen sparte Marchais nicht an Lob für die chinesischen Fortschritte und äußerte beim Gezhouba-Wasserwerk geradezu überschwengliche Bewunderung. Am 21. Oktober sprach Marchais vor Studenten der Fudan-Universität in Shanghai (XNA, 21.10.82). Dabei legte er die Lage in Frankreich dar. Der Lebensstandard sei dort in den letzten zwanzig bis dreißig Jahren zwar gewaltig angewachsen, doch gebe es andererseits rund 2 Millionen Arbeitslose und eine winzige Minorität von Privilegierten, die gegenüber den schlechter Verdienenden etwa eine Einkommensmarge von 1:100 aufwiesen. Die französischen Kapitalisten ruinierten die französische Wirtschaft. Nur der Sozialismus könne das Land retten (XNA, 22.10.82).

Zum Abschluß seiner 13tägigen Reise plädierte Marchais noch für eine sino-sowjetische Aussöhnung. Bezeichnenderweise begannen gerade an dem Tag, da Marchais die Volksrepublik verließ, in Beijing Verhandlungen mit einer sowjetischen Delegation, die unter der Führung des Alt-Unterhändlers Iljitschew stand.

Beide Seiten betrachteten den "Dialog über alle Differenzen hinweg" als höchst erfolgreich.

Zwei Monate vorher hatte gerade der französische Außenminister Claude Cheysson (vom 30.7.-8.8.82) Volksrepublik bereist, über die Lieferung französischer Defensivwaffen an China und über den Ausgleich der zuungunsten Frankreichs negativen Handelsbilanz gesprochen. Ganz im Gegensatz zu Marchais hatte Cheysson das sowjetische Verhalten in Afghanistan und Kambodscha verurteilt. Allerdings hatten die Chinesen ihrem Gast zu verstehen ge-

geben, daß sie die Vietnamfreundliche französische Außenpolitik für höchst schädlich hielten. Frankreich unterlaufe mit seinen Entwicklungshilfeleistungen die chinesische Strategie der Isolierung Vietnams und trage dazu bei, die Lösung der Kambodscha-Frage hinauszuzögern. Irgendwie paßten die freundliche Vietnampolitik und die Verurteilung der sowjetischen Afghanistan-Politik nicht zusammen. Verstimmungen zwischen Frankreich und China hatte es auch wegen der chinesisch-französischen "Liebesaffäre" im September 1981 in Beijing gegeben. Damals war die chinesische Verlobte eines französischen Diplomaten trotz aller französischen Démarchen verhaftet worden.

Im übrigen aber, so stimmten beide Seiten überein, gebe es kaum voneinander abweichende Ansichten.

Vom 27. August bis 7. September kam dann der Präsident der französischen Nationalversammlung, Louis Mermaz, zu Besuch nach China. Zu dieser Zeit waren die früheren Verstimmungen offensichtlich bereits vergessen. Deng Xiaoping erinnerte sich, wie er betonte, mit Wehmut an seine fünf Jahre in Frankreich und an seinen erneuten Besuch i.J. 1975, bei dem er die Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Frankreichs so eindrucksvoll habe zu spüren bekommen (XNA, 31.8.82).

China hat mit seiner Staat-Staat- und KP-KP-Politik deutlich gemacht, daß es möglichst harmonische Beziehungen mit allen Kreisen Frankreichs wünscht, ob mit den Bürgerlichen oder aber deren Feinden, den Kommunisten. Um es schließlich noch einer weiteren Seite recht zu machen, versäumte man es auch nicht, die Glückwünsche der KPF ("Marxisten-Leninisten") zum XII. Parteikongreß in einer höchst offiziellen Xinhua-Meldung abzudrucken (XNA, 6.9.82).

Was die Wissenschaftsbeziehungen anbelangt, so war am 10. Dezember in Beijing zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und der französischen Allgemeinen Administration für Nuklearenergie ein Kooperationsabkommen über Neutronenforschung geschlossen worden (10.12.81).

Am 11. Februar 1982 brachte die RMRB einen Artikel, in dem von einem französisch-sowjetischen Geheimabkommen über den Bau einer gemeinsamen Pipeline die Rede war. Zögernd meldete Xinhua (XNA, 19.7.82) einige Monate

später, daß die französische Regierung "kategorisch" den Abschluß eines solchen Geheimabkommens abgestritten habe. Man sieht: Bei aller offiziell versicherten "Freundschaft" ist immer noch viel Mißtrauen mit im Spiel.

Was die "Volksdiplomatie" anbelangt, so hebt Beijing zwei Entwicklungen hervor, nämlich zum einen das Erscheinen einer Vierteljahresschrift auf Französisch mit dem Titel "Meldungen aus Frankreich", die von dem i.J. 1979 errichteten "Französisch-Chinesischen Komitee" herausgegeben wird und der Stärkung der Bande zwischen beiden Völkern dienen solle (XNA, 5.1.82), sowie die Errichtung eines Büros der amtlichen chinesischen Reiseagentur Luxingshe in Paris (XNA, 20.2.82).

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) Stand der chinesisch-sowjetischen Verhandlungen

Am 26. September 1982 bot der sowjetische Parteichef Breschnew bei einer Rede in Baku der VR China bereits ein zweites Mal innerhalb eines halben Jahres (das erste "Taschkenter" Angebot stammte vom 24. März 1982) Normalisierungsgespräche an. Offensichtlich war dieses Angebot Breschnews eine Reaktion auf die Rede des chinesischen Parteivorsitzenden Hu Yaobang, der beim XII. chinesischen Parteikongreß Anfang September 1982 eine Normalisierung des Verhältnisses zur Sowjetunion "nicht ausgeschlossen" und auf antisowjetische Kritik tunlichst verzichtet hatte. Der China-Passus in der Rede Hus lautete: "Zwischen China und der Sowjetunion hat es während einer ziemlich langen Zeit freundschaftliche Beziehungen gegeben. Daß sich die chinesisch-sowjetischen Beziehungen zum heutigen Stand entwickelt haben, ist auf die Hegemonialpolitik der Sowjetunion zurückzuführen. In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Sowjetunion massive Truppen an der chinesisch-sowjetischen und der chinesisch-mongolischen Grenze stationiert. Sie hat Vietnam bei dessen Überfall auf und Besetzung von Kampuchea, bei dessen Expansionsakten in Indochina und Südostasien und bei seinen ununterbrochenen Provokationen an unserer Grenze unterstützt. Sie hat mit Waffengewalt Afghanistan, ein Nachbarland Chinas, besetzt. All dies gefährdet in ernstem Ma-

ße den Frieden in Asien und die Sicherheit Chinas. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß sich die sowjetischen Führer mehrere Male bereiterklärten, die Beziehungen zu China zu verbessern. Aber Taten sind wichtiger als Worte. Wenn die sowjetischen Behörden wirklich ihre Aufrichtigkeit für die Verbesserung der Beziehungen zu China beweisen und durch praktische Maßnahmen ihre Bedrohung der Sicherheit Chinas aufheben, dann ist eine Entwicklung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen in Richtung auf Normalisierung möglich. Die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk hat eine lange Geschichte... Die Hauptkräfte, die in der Gegenwart die friedliche Koexistenz aller Länder gefährden, sind Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus... Die Supermächte stellen mit ihren Hegemoniebestrebungen eine neue Gefahr für die Völker der Welt dar... Der Kampf gegen den Hegemonismus und die Wahrung des Weltfriedens sind heutzutage die wichtigsten Aufgaben der Völker der Welt..." (BRU 1982, Nr. 37, S. 33)

Dieser Passus bringt nichts Neues, hebt sich aber durch die Mäßigung des Tons von früheren offiziellen Ausführungen ab. Außerdem werden hier nochmals die Bedingungen Chinas klargelegt: Entflechtung der sowjetischen Truppenansammlungen an der Nordgrenze Chinas, Beendigung des sowjetischen Indochina-Engagements und Rückzug aus Kambodscha - und zwar in Taten, nicht in Worten.

Der atmosphärischen Verbesserung dienten außerdem eine Fülle von volksdiplomatischen und halb-offiziellen Kontakten, wie sie z.T. bereits in CHINA aktuell (Juni 1982, S. 342 f.) aufgezählt worden sind.

Suaviter in modo, fortiter in re - diese Maxime lag offensichtlich dem Annäherungsverhalten beider Parteien zugrunde. Anfang Oktober kam eine sowjetische Delegation unter Leitung von Vizeaußenminister Leonid Iljitschew???, dem alten China-Unterhändler, nach Beijing. Gesprochen wurde über Modalitäten einer offiziellen Wiederaufnahme der beiderseitigen Verhandlungen über eine Normalisierung der Beziehungen, die Ende 1979 im Anschluß an den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan chinesischerseits abgebrochen worden waren. Bei den sino-sowjetischen Verhandlungen sind drei Arten von Gesprächen zu unterscheiden, nämlich die Grenzschiffahrtsverhandlungen, die je-

des Jahr zweimal geführt werden, sodann die Grenzverhandlungen, die seit Jahren unterbrochen sind, und schließlich die Normalisierungsverhandlungen, um die es nunmehr, i.J. 1982, wieder geht. Bei der Normalisierung ist zwischen "Normalität I" zu unterscheiden, die ohnehin bereits besteht, und einer "Normalität II", die anzustreben ist (Näheres C.a., Juni 1982, S. 346 mit näherer Präzisierung beider Begriffe). Eine "Normalität II" könnte sich etwa folgendermaßen niederschlagen: Einstellung der gegenseitigen Propaganda, Abstimmung über gewisse Grundlinien der Außenpolitik, Abbau der Streitkräfte entlang der beiderseitigen Grenzen, verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und verstärkte technologische und kulturelle Beziehungen.

Wie aber soll es beispielsweise zu einer Abstimmung in außenpolitischen Grundfragen kommen, wenn die beiden Mächte sich in Indochina, in Afghanistan und an der chinesischen Nordgrenze mit rollenden Augen gegenüberstehen!?

Unter diesem großen Fragezeichen begann die erste gemeinsame Gesprächsrunde, die vom 5. bis 22. Oktober dauerte, und über die Geheimhaltung bewahrt wurde. Zunächst ging es offensichtlich einmal darum, die gegenseitigen Positionen abzutasten. Immerhin war es ein Fortschritt, daß die Gespräche auf der Ebene stellvertretender Außenminister (hier Leonid Iljitschew, dort Qian Qichen) geführt wurden. Vielleicht erreichte man auch Einigung über einige inhaltliche und verfahrenstechnische Fragen, ohne sich jedoch in den Grundsatzfragen nähergekommen zu sein.

Sowjetische Politiker hatten einem japanischen Gesprächspartner, nämlich dem früheren Führer der Sozialistischen Partei Seichi Katsumata, erklärt, Moskau sei bereit, genug Truppen an der chinesischen Nordgrenze auszubünnen (Kyodo in SWB, 15.10.82). Möglicherweise hat Iljitschew diesen Punkt in die Verhandlungen einfließen lassen.

Ein Sachergebnis hat die erste Gesprächsrunde also offensichtlich kaum gebracht; immerhin war sie von zahlreichen kleinen Gesten begleitet, die zu einer atmosphärischen Entspannung führten. Selbst bei den Besprechungen zwischen Breschnew und dem Vorsitzenden des vietnamesischen Staatsrats, Truong Chinh, war von der Notwendigkeit normalerer Beziehungen beider Länder mit China die Rede - dies will bei

diesen beiden Hauptfeinden Chinas ja einiges bedeuten. Des weiteren wurden ("Bücher - Symbole der Freundschaft!") Verträge zwischen den Buch- und Literaturkorporationen beider Länder geschlossen, wurden zum ersten Mal seit 17 Jahren Sportdelegationen ausgetauscht, wurde der beiderseitigen Nationalfeiertage gedacht und die früher so maßlose Propaganda gezähmt. Gleichzeitig ließ es sich die Sowjetunion allerdings nicht nehmen, den Dalai Lama einzuladen (Mitte September 1982), während China bei allen sich bietenden Gelegenheiten bei seiner alten Formulierung vom notwendigen Kampf gegen "den Hegemonismus" blieb.

Aus Moskauer Sicht leiden die Gespräche darunter, daß die sowjetische Seite "ohne Vorbedingungen" verhandeln will, während China die "verschiedenartigsten Vorbedingungen auftürmt".

Einstweilen läßt sich folgendes Zwischenergebnis feststellen: Beide Seiten sind offensichtlich bereit, trotz fortbestehender Differenzen eine Politik kleiner Gesten zu betreiben und die volksdiplomatischen Beziehungen weiter auszubauen. Dies könnte bedeuten, daß in Zukunft vor allem der Austausch auf kulturellem, wissenschaftlichem und sportlichem Gebiet wieder zunimmt, während die großen politischen Vereinbarungen auf sich warten lassen - ungeachtet der Tatsache, daß sich beide Seiten inzwischen auf eine zweite Gesprächsrunde geeinigt haben.

Ein Kommentar von Mu Youlin (BRu 1982, Nr.29, S.3) faßt die gegenwärtige chinesische Position zusammen: "Weiterhin bestehen wesentliche prinzipielle Differenzen... Chinas prinzipieller Standpunkt, den sowjetischen Hegemonismus und Expansionismus zu bekämpfen, ist weltbekannt. Seit jeher tritt China dafür ein, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz erhalten und entwickelt und bestehende Fragen zwischen ihnen durch Verhandlungen gelöst werden sollten. Auf dem Weg zur Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen gibt es viele Hindernisse, die hegemonistische Außenpolitik der Sowjetunion ist aber das schwerwiegendste... Wir legen besonders auf Taten der Sowjetunion Gewicht. Mit den Taten meinen wir nicht nur die Änderung der sowjetischen Haltung in der Grenzfrage zwischen China und der Sowjetunion und die Stationierung zahlreicher sowjetischer Truppen

an der chinesisch-sowjetischen Grenze, sondern auch die Afghanistan- und die Kampuchea-Frage. Bisher gibt es hier jedoch noch kein Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion aufrichtig danach strebt, ihre Beziehungen mit China zu verbessern."

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(5) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Angola

Im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden so lange verfeindeten Staaten China und Angola hat ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärt, daß China sich streng an den Grundsatz der Nichteinmischung halte. Die immer wieder im Ausland auftauchende Behauptung, China unterstütze die Befreiungsbewegung UNITA ("Nationale Union für die totale Unabhängigkeit von Angola"), treffe nicht zu. China habe allerdings zu einer Zeit, da das angolische Volk noch gegen die portugiesischen Kolonialherren kämpfte, die UNITA unterstützt, daneben aber auch die MPLA und die FNLA. Nachdem Angola allerdings seine Unabhängigkeit errungen hatte, habe China seine Hilfeleistungen für alle drei Befreiungsorganisationen eingestellt (XNA, 22.10.82) (weitere Einzelheiten in C.a., September 1982, Ü 2).

-we-

(6) Hoher libyscher Besuch: Oberst Gaddafi in China

Nachdem Mitte August bereits der Generalsekretär des libyschen "Allgemeinen Volkskomitees" die VR China besucht hatte (XNA, 19. und 23.8.82), kam Oberst Gaddafi, der sich neuerdings als "Führer der Revolution des 1.September" bezeichnen läßt, am 25.Oktober selbst nach China. Beijing hatte zu Libyen bisher stets kritische Distanz gehalten, obwohl diplomatische Beziehungen bereits seit August 1978 bestanden. Grund dafür war nicht nur die enge libysch-sowjetische Zusammenarbeit, die sogar durch einen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit Moskau besiegelt worden war, sondern auch das feindschaftliche Verhältnis Libyens gegenüber zwei der wichtigsten Verbündeten Chinas in Nordafrika, Ägypten und Sudan, die übrigens, wie Xinhua (XNA, 2.8.82) mit erhobenem Zeigefinger meldete, ein "Abkommen über die

Wahrung der Sicherheit an den gemeinsamen Grenzen" beschlossen haben - offensichtlich im Hinblick auf Libyen! China hatte auch gegen den Einmarsch libyscher Truppen in den Tschad Einwände erhoben.

Diese Unstimmigkeiten scheinen inzwischen vergessen worden zu sein. Gaddafi wurde von sämtlichen Spitzenrepräsentanten der Volksrepublik China mit Zuvorkommenheit empfangen und mußte den Eindruck gewonnen haben, daß beide Staaten am Ende eigentlich nur gemeinsame Interessen haben. In diesem Zusammenhang wurde vor allem die Unterstützung für die PLO und der Kampf gegen die "zionistische Aggression" hervorgehoben (XNA, 17.8.82). (Von der Sowjetunion, ihrer Besatzungspolitik in Afghanistan und ihrem Indochina-Kurs war nirgends die Rede.) Auch für den libyschen Entwicklungsweg hat China nur lobende Worte: Der 1.September 1969 sei ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes gewesen. Gaddafi, damals ein 27 Jahre alter Offizier, habe durch einen militärischen Streich das korrupte Feudalregime von König Idris gestürzt, die US-Basis Wheelus, britische Militärbasen beschlagnahmt und 30.000 ha Plantagenbesitz, der "italienischen Kolonialisten" beschlagnahmt wurde. Ferner wurde ein modernes Militärcollege aufgezogen und die Armee modernisiert. 1973 habe Gaddafi für sein Land den "wahren Sozialismus" ausgerufen, der sich sowohl vom Kapitalismus als auch vom Kommunismus grundsätzlich unterscheide. Vier Jahre später sei Libyen dann in die Ära der "Volksmacht" eingetreten. Seitdem führt die Republik die Bezeichnung "sozialistisch" in ihrem Namen; die Regierung sei in "Allgemeiner Volksausschuß" umgenannt worden, und die Führer aller Ebenen hießen seitdem "Sekretäre". Im März 1979 sei Gaddafi von all seinen Regierungsposten zurückgetreten und führe seitdem nur noch die Bezeichnung "Führer der 1.September-Revolution" (XNA, 25.10.82). Des Lobes voll sind die chinesischen Medien auch über die Leistungen der libyschen Regierung: Sie habe für die Aufforstung des Landes, für den Bau von 2.000 Brunnen, für die Errichtung von 6.000 Farmen und für die Erschließung von 700.000 ha Land gesorgt (XNA, 16.8.82). Kurzum: Libyen ist großartig, sein Führer Gaddafi verdient höchste Anerkennung, die Verstimmung von ehemals ist vergessen.

Am 29.Oktober unterzeichneten beide Regierungen ein Abkommen

über die Errichtung eines chinesisch-libyschen Gemeinsamen Komitees sowie über ein Kooperationsprogramm, das die Gebiete Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie sowie Landwirtschaft, Hausbau, gemeinsame Investitionen und Verkehrswesen umfassen soll (XNA, 29.10.82). Bereits im August war ein Abkommen über die Entsendung chinesischer Ärzte nach Libyen unterzeichnet worden (XNA, 23.8.82).

Gaddafi gab in Beijing eine Pressekonzferenz ab, bei der er sich voller Optimismus über die Zukunft der bilateralen Zusammenarbeit aussprach, und er betete in der Moschee von Beijing. Zur gleichen Zeit besuchte der ihn begleitende libysche Generalstabschef die chinesische Militärakademie.

-we-

INNENPOLITIK

(7)

Hierarchie der ersten zehn Mitglieder der chinesischen Führungsspitze

Die Beijinger Zeitschrift Liaowang veröffentlichte in ihrer Oktober-Ausgabe einen Artikel von Zeng Jianhui über die Lösung der Nachfolgefrage, in dem unter anderem von einem Treffen der gesamten Parteiführungsspitze (Politbüro und ZK-Sekretariat) mit 39 besonders jungen neugewählten ZK-Mitgliedern und ZK-Kandidaten die Rede ist. Von den Mitgliedern des Politbüros erwähnt der Autor zehn namentlich, darunter die sechs Mitglieder des Ständigen Ausschusses in der auf der 1. Plenartagung des XII.ZK (12.9.1982) beschlossenen Rangfolge (Liaowang, Oktober 1982, S.5). Bei den anderen vier genannten Politbüromitgliedern handelt es sich offenbar um jene Politiker, die Rang 7-10 in der Hierarchie der Parteiführung einnehmen. Aus dem oben genannten Bericht ergibt sich folgende Rangfolge der ersten zehn Mitglieder der chinesischen Führungsspitze:

1. Hu Yaobang
2. Ye Jianying
3. Deng Xiaoping
4. Zhao Ziyang
5. Li Xiannian
6. Chen Yun
7. Peng Zhen
8. Deng Yingchao
9. Xu Xiangqian
10. Nie Rongzhen

Obwohl Deng Xiaoping offiziell nur Rang 3 in der Parteihierar-

chie einnimmt, übt er de facto die größte Macht aus. Unterstrichen wird dies durch die Tatsache, daß Deng auch Vorsitzender des höchsten Führungsorgans der Armee, der ZK-Militärkommission, ist. Umgekehrt dürfte es sich verhalten mit der nominellen Nummer 1, Hu Yaobang: Sein militärischer Rang und seine revolutionären Meriten sind - ebenso wie die von Zhao Ziyang - geringer als die der älteren Politbüromitglieder. Insofern sind Hu und Zhao nach wie vor auf die Unterstützung von Deng Xiaoping angewiesen.

-sch-

(8)

Weiterbildung von Funktionären der Partei- und Regierungszentrale

Ein Beschluß über die Weiterbildung der Funktionäre in der Partei- und Regierungszentrale wurde am 3. Oktober 1982 vom Zentralkomitee und vom Staatsrat gefaßt. Der Beschluß sieht vor, daß die Funktionäre regelmäßig an Bildungsmaßnahmen teilnehmen müssen. Ziel der beschlossenen Maßnahmen ist es, innerhalb von 3 bis 5 Jahren das politische und fachliche Niveau der Funktionäre beträchtlich zu erhöhen. Aus dem Beschluß geht hervor, daß die fachliche Ausbildung im Vordergrund stehen soll. Demnach hat jeder Funktionär, der in der Partei- und Regierungszentrale beschäftigt ist, das Recht und die Pflicht, alle 3 Jahre einen sechsmonatigen Bildungsurlaub zu nehmen, um spezielle Kaderkurse zu besuchen. Der Bildungsgang und der Erfolg der Weiterbildungsmaßnahmen sollen in Zukunft bei der Beförderung die gleiche Rolle spielen wie der Berufsgang und die Arbeitsleistung. Funktionäre, die jünger sind als 40 Jahre und über keinen Abschluß der Unterstufe der Mittelschule verfügen, sollen sich innerhalb von 2 bis 3 Jahren das dementsprechende Wissen aneignen. Kader mit Abschluß der Unter- oder Oberstufe der Mittelschule sollen innerhalb von 3 bis 5 Jahren ein Bildungsniveau erreichen, das dem Abschluß einer Berufsschule (zhongzhuan) oder einer Universität bzw. Fachhochschule (dazhuan) entspricht. Was mit den Funktionären geschieht, die diese Forderungen nicht erfüllen werden, wird in dem Beschluß nicht ausgeführt. In Zukunft müssen Bewerber bzw. Kandidaten für den Dienst in der Partei- und Regierungszentrale mindestens den Abschluß der Oberstufe der Mittelschule oder aber einen Berufschulabschluß als Einstellungsvoraussetzung vorweisen. Zur Organisation der Weiterbildungsmaßnahmen soll eine

"Arbeitsgruppe für die Kaderausbildung in den zentralen Partei- und Regierungsorganen" (zhongyang dang zheng jiguan ganbu jiaoyu gongzuo xiaozu) eingesetzt werden. Die Arbeitsgruppe, die von Mitarbeitern der ZK-Abteilungen für Organisation und Propaganda, vom Ministerium für Arbeit und Personalwesen und vom Erziehungsministerium gebildet wird, soll auch für die Leitung und Kontrolle der landesweiten Funktionärsausbildung verantwortlich sein (RMRB, 14.10.82).

-sch-

(9)

Betonung der absoluten Führung der Partei über die Armee

Der neue Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA), Yu Qiuli, rief am 19. Oktober 1982 auf einer Veranstaltung des VBA-Eisenbahncorps die gesamte Armee dazu auf, sich ideologisch und politisch mit dem Zentralkomitee der KP Chinas zu identifizieren. Das Denken und Handeln aller Armeeingehöriger müsse sich an dem vom XII. Parteitag festgelegten Kurs ausrichten. Weiterhin gelte es, "linke" (d.h. maoistische) und rechte Tendenzen entschlossen zu überwinden. All dies werde dazu dienen, daß "unsere Armee für immer unter die absolute Führung durch die Partei gestellt wird". (RMRB, 20.10.82; siehe auch C.a., September 1982, S.530)

-sch-

(10)

Beginn umfangreicher Säuberungen in der VBA?

Nachdem im September 1982 der bisherige Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA, Wei Guoqing, durch Yu Qiuli ersetzt wurde, gab es im Oktober mindestens acht personelle Umsetzungen innerhalb der erweiterten militärischen Führung (siehe W.Bartke, "Personal Data" im englischen Teil dieses Heftes). Damit kündigen sich möglicherweise umfangreiche Säuberungen innerhalb der Armee an. Nach der mit dem XII. Parteitag weitgehend abgeschlossenen Säuberung der Partei- und Regierungszentrale von Vertretern des maoistischen Entwicklungsweges dürfte es jetzt das vordringliche Ziel der Deng-Fraktion sein, die Armeeführung von Gegnern ihres politischen Kurses zu befreien. Besonders auffallend ist die Beförderung des stellvertretenden Generalstabschefs Zhang Aiping zum stellvertretenden Generalsekretär der ZK-Militärkommission, dem höch-